

Konservative Revolution und »nationaler Sozialismus«

Ethnische Gemeinschaft ohne soziale Gleichheit als politische Orientierung

Armin Pfahl-Traugher

Dass linke Intellektuelle für den Sozialismus eintraten, kann angesichts zahlreicher Fälle im 20. Jahrhundert nicht verwundern. Dass aber auch rechte Intellektuelle für einen Sozialismus eintraten, irritiert angesichts der gegenteiligen Ausrichtung bis in unsere Gegenwart hinein. Bekannte Figuren waren etwa Arthur Moeller van den Bruck oder Oswald Spengler in der Weimarer Republik. Was sie als Ziel ausgaben, war ein »deutscher«, »nationaler« oder »preußischer« Sozialismus.¹ Diese besondere Einsicht motiviert diverse Fragestellungen, die aus folgender Hauptfragestellung erwachsen: Worin bestanden deren Auffassungen von einem rechten Sozialismus und inwieweit handelte es sich

1 Dazu liegen nur wenige Beiträge aus der Forschung vor, vgl. aber insbesondere: Werth, Christoph H., Sozialismus und Nation. Die deutsche Ideologiediskussion zwischen 1918 und 1945, Opladen 1996, S. 43–54, 97–123, 143–169, 170–191. Drei Aufsätze zur Konservativen Revolution finden sich in einem Sammelband zu ansonsten gegenwärtigen Themen: Lausberg, Michael, Oswald Spenglers »Preußentum und Sozialismus«, in: Becker, Andrea/Eberhardt, Simon/Kellershohn, Helmut (Hg.), Zwischen Neoliberalismus und völkischem »Antikapitalismus«. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten, Münster 2019, S. 22–35; Weiß, Volker, »Sozialismus« bei Arthur Moeller van den Bruck, in: Becker, Andrea/Eberhardt, Simon/Kellershohn, Helmut (Hg.), Zwischen Neoliberalismus und völkischem »Antikapitalismus«. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten, Münster 2019, S. 36–48; Eberhardt, Simon, Sozialismus von Rechts? Wirtschaftspolitische Konzepte der Zeitschrift »Die Tat«, in: Becker, Andrea/Eberhardt, Simon/Kellershohn, Helmut (Hg.), Zwischen Neoliberalismus und völkischem »Antikapitalismus«. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten, Münster 2019, S. 49–59.

um ein Element des eigenen ideologischen Selbstverständnisses? Der konkrete Anlass für den letztgenannten Gesichtspunkt ist eine gewisse Skepsis, wofür es wiederum unterschiedliche Gründe und Vorbehalte gibt: Nur einige Intellektuelle der Konservativen Revolution sprachen sich dafür aus, blieben eine Minderheit, andere Repräsentanten dieser geistigen Strömung aber taten es erklärtermaßen nicht.

Eine gewisse Diffusität ist den gemeinten Sozialismusvorstellungen eigen, blieb das Gemeinte doch inhaltlich und konzeptionell im Unverbindlichen. Damit entsteht auch schnell der Eindruck, hier würde ein Begriff lediglich politisch instrumentalisiert. Eine mögliche Absicht könnte dabei in der Gewinnung des Proletariats bestehen, welches den linken Arbeiterparteien und eben nicht konservativen Eliteprojekten zuneigte. Auch könnte hier primär eine Frontstellung gegen den politischen Liberalismus der Weimarer Zeit beabsichtigt gewesen sein, etwa um die Option einer gemeinsamen »Querfront« als Projekt zu befördern. Damit wären als analytische Eckpunkte die Ideologie und Strategie des gemeinten Verständnisses benannt. Einschlägige analytische Betrachtungen müssen dabei auch fragen, inwieweit denn überhaupt von einem eigenständigen rechten Sozialismusverständnis ausgegangen werden kann. Bereits hier sei als Ausgangshypothese formuliert: Es ging eher um die Beschwörung einer nationalen Gemeinschaft, weniger um die einer sozialen Gleichheit.

Aus diesen Betrachtungen ergibt sich für die folgenden Darstellungen und Erörterungen auch eine Struktur: Wichtige Arbeitsbegriffe bedürfen zunächst einer Definition, hier bezogen auf »Intellektuelle« und »Konservative Revolution« (1.). Danach werden die untersuchten Akteure als Personen und Publikationsorgan vorgestellt (2.). Dem folgen die Analyseergebnisse zu verschiedenen Gesichtspunkten (3.): der Ablehnung des linken Sozialismus, der Begründung für einen nationalen Sozialismus, der Einbettung in eine Gemeinschaftskonzeption, der Frontstellung gegen den politischen Liberalismus, dem Modell der angestrebten Staatsordnung und den außenpolitischen Aspekten des nationalen Sozialismus. Darin enthalten sind auch Ausführungen zu Besonderheiten: der Ausnahme einer beschränkten Kapitalismuskritik, dem Antisemitismus als latenter Einstellung als Exkurs, der erhofften Bündnisoption für eine potentielle »Querfront« und der Frage einer Instrumentalisierung des nationalen Sozialismusverständnisses. Schließlich fasst ein Fazit die wesentlichen Erkenntnisse zusammen.

1. Definition: »Intellektuelle« und »Konservative Revolution«

Die gemeinten Denker werden in der vorliegenden Erörterung durchgängig als »Intellektuelle« bezeichnet, womit eine formale Definition bezogen auf Publizisten im theoretischen Sinne einhergeht. Demnach hat die genutzte Bezeichnung nichts mit einer potentiellen Wertschätzung zu tun. Ansonsten steht »Intellektuelle« häufig für einen Personenkreis, der im öffentlichen Diskurs als gesellschaftskritisch, humanistisch und rational in einem liberalen oder linken Sinne verstanden wird. Dabei handelt es sich aber um eine idealisierende Auffassung, wie der Blick auf manche linken Intellektuellen veranschaulicht. Sie beklagten etwa fehlende Gerechtigkeit in liberalen Republiken, schwiegen aber zu Menschenrechtsverletzungen in sozialistischen Totalitarismen.² Daher dürfte man die Gemeinten eigentlich nicht als Intellektuelle bezeichnen. Gleichwohl erfüllen sie die formalen Kriterien von Publizisten in einem theoretischen Sinne. Genau diese Auffassung erlaubt es, hier fortan von rechten Intellektuellen zu sprechen.

Die damit konkret Gemeinten können der damaligen »Konservativen Revolution« als geistige Strömung zugeordnet werden. Damit nutzt die Analyse eine durchaus umstrittene Kategorie, was klarstellende Erläuterungen gegenüber potentiellen Missverständnissen nötig macht. Denn eigentlich handelt es sich um ein antagonistisch wirkendes Begriffspaar, da eine bewahrende Einstellung mit »Konservativ« und mit »Revolution« ein grundlegender Umbruch in Verbindung gebracht wird. Ein Anhänger dieser geistigen Bestrebung, Edgar Julius Jung, bemerkte 1932:

»Konservative Revolution nennen wir die Wiederinachtsetzung aller jener elementaren Gesetze und Werte, ohne welche der Mensch den Zusammenhang mit der Natur und mit Gott verliert und keine wahre Ordnung aufbauen kann. An die Stelle der Gleichheit tritt die innere Wertigkeit, an die Stelle der mechanischen Wahl das organische Führerwachstum, an die Stelle des bürokratischen Zwangs die innere Verantwortung echter Selbstverwaltung, an die Stelle des Massenglücks das Recht der Volkspersönlichkeit.«³

-
- 2 Vgl. Benda, Julian, *Der Verrat der Intellektuellen* (1927), München 1978; Koenen, Gerd, *Die großen Gesänge: Lenin – Stalin – Mao Tsetung. Führerkulte und Heldenmythen des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a.M. 1987.
 - 3 Jung, Edgar Julius, *Deutschland und die konservative Revolution*, in: Edgar Julius Jung (Hg.), *Deutsche über Deutschland. Die Stimme des unbekannten Politikers*, München 1932, S. 369–382, hier S. 380.

In die Forschungsliteratur eingeführt wurde die »Konservative Revolution« von Armin Mohler, wobei der geistige Begründer der späteren deutschen Neuen Rechten folgende Typologie entwickelte: die »Bündischen«, die »Jungkonservativen«, die »Landvolkbewegung«, die »Nationalrevolutionäre« und die »Völkischen«.⁴ Diese Auflistung überzeugt aus gleich mehreren Gründen nicht: Einige der Gruppen waren nicht konservativ, sie folgten diversen Handlungsstilen und wiesen ideologische Unterschiede auf.⁵ Lediglich den »Junkonservativen« waren die gemeinten Merkmale eigen: Sie lehnten den Altkonservatismus mit der Fixierung auf das Kaiserreich ab, definierten sich aber selbst weiterhin als Konservative und wollten die Republik zugunsten eines autoritären Systems überwinden. Daher erfolgt in der anschließenden Analyse auch eine Gleichsetzung von »Junkonservativen« und »Konservativer Revolution«, wobei es speziell um bestimmte intellektuelle Akteure und ein spezifisches Publikationsorgan geht.

2. Akteure und Publizistik

2.1 Akteure: Ernst Jünger, Arthur Moeller van den Bruck, Oswald Spengler

Die Erstgenannten sollen in biographisch-politischen Kurzportraits vorgestellt werden: Den Anfang macht der Schriftsteller Ernst Jünger (1895–1998),⁶ der auch eine antibürgerliche und nationalrevolutionäre Prägung aufwies. Seine Kriegstagebücher machten ihn zu Beginn der 1920er Jahre berühmt. Jünger wurde einer der bedeutendsten politischen Publizisten, wobei er einen angeblich neuen Nationalismus einforderte. Jünger legte indessen keine Programmschrift vor. Er publizierte eher kürzere Abhandlungen, die aber durchaus seine Grundpositionen zu erkennen gaben.⁷ Dieses direkte politische Engagement ging ab Ende der 1920er Jahre zurück. Inwieweit seine dann folgenden Bücher als politische Statements gelten können, ist in der

4 Vgl. Mohler, Armin, Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1933. Ein Handbuch (1950), Darmstadt 1989, Band 1, S. 130–165.

5 Vgl. Breuer, Stefan, Anatomie der Konservativen Revolution, Darmstadt 1993.

6 Vgl. Amos, Thomas, Ernst Jünger, Reinbek 2011; Matthias Schöning (Hg.), Ernst Jünger-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung, Stuttgart 2014.

7 Gesammelt finden sie sich in: Ernst Jünger, Politische Publizistik 1919–1933. Herausgegeben von Sven Olaf Berggötz, Stuttgart 2001.

Forschung aufgrund ihrer literarischen Prägung umstritten. Jünger rückte aber auch in der Nachkriegszeit nicht von seinen antidemokratischen Positionen ab. Gleichwohl wurde er mit vielen Ehrungen überhäuft und von hochrangigen Politikern besucht, sah man in ihm doch einen renommierten Schriftsteller.

Als zweiter Autor sei Arthur Moeller van den Bruck (1876–1925)⁸ genannt, kann er doch als ideologischer und organisatorischer Begründer der Jungkonservativen beziehungsweise Konservativen Revolution gelten. Direkt nach dem Ende des Ersten Weltkriegs legte Moeller van den Bruck unterschiedliche Schriften in diesem Sinne vor. Auch die Gründung von politischen Klubs und Publikationsorganen geht auf ihn zurück. Gleichgesinnte veröffentlichten in »Das Gewissen« oder trafen sich im »Juni-Klub«. Damit entstand nicht nur unter Intellektuellen ein informelles Netzwerk, da dieses doch auch aus nahestehender Politik und Wirtschaft einschlägige Unterstützung fand. Bedeutsam war die von Moeller van den Bruck vorgelegte programmatische Schrift »Das dritte Reich« (1923), äußerte er sich doch hierin zu diversen Politikfeldern hinsichtlich seines Selbstverständnisses. In diesem einflussreich wirkenden Buch findet man auch ein gesondertes Kapitel »Sozialistisch«.⁹ Die Umsetzung der NS-Diktatur erlebte Moeller van den Bruck angesichts seines frühen Todes jedoch nicht mehr.

Und dann geht es noch um den Geschichts- und Kulturphilosophen Oswald Spengler (1880–1936),¹⁰ der mit seinem bekanntesten Buch ein geflügeltes Wort prägte: »Der Untergang des Abendlandes« (1918/1922).¹¹ Darin beschrieb er die Entwicklung verschiedener Hochkulturen, woraus eine »Morphologie der Weltgeschichte« abzuleiten sei. Dieser Ansatz, der auch Kritik und Spott motivierte, machte Spengler schon in der Weimarer Republik berühmt. Seine dort formulierte Auffassung, wonach ein Cäsarismus die Demokratie ablösen würde, fand hierbei nur geringen Widerspruch. Durch die gesamten 1920er Jahre hindurch erschienen diverse eindeutig politische

8 Vgl. Stern, Fritz, Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland, München 1986, S. 221–317; Weiß, Volker, Moderne Antimoderne. Arthur Moeller van den Bruck und der Wandel des Konservatismus, Paderborn 2012.

9 Vgl. Moeller van den Bruck, Arthur, Das dritte Reich (1923), Hamburg 1931, S. 29–78.

10 Vgl. Felken, Detlef, Oswald Spengler. Konservativer Denker zwischen Kaiserreich und Diktatur, München 1988; Naeher, Jürgen, Oswald Spengler, Reinbek 1984.

11 Spengler, Oswald, Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte (1918/1922), München 1990.

Schriften, welche durch eine Frontstellung gegen Liberalismus und Parlamentarismus geprägt waren.¹² Ein frühes Buch war mit »Preußentum und Sozialismus« (1919) überschrieben.¹³ Seine antirepublikanische Grundhaltung führte aber nicht dazu, dass die Nationalsozialisten später Spengler vereinnahmen konnten. Er bewahrte eine elitäre Distanz und hatte keine persönlichen Karriereinteressen.

2.2 Publikationsorgan: Autorenkreis um »Die Tat« als Theorieorgan

Und dann sei als der Konservativen Revolution nahestehendes Publikationsorgan auf »Die Tat«¹⁴ verwiesen. Dazu muss noch eine einschränkende Anmerkung bezüglich der Einordnung gemacht werden, lassen sich doch unterschiedliche Entwicklungsetappen der Monatszeitschrift wahrnehmen. Die gemeinten Änderungen sind auch daran ablesbar, dass es immer wieder neue Untertitel gab. So entstand »Die Tat« 1909 mit dem Untertitel »Wege zu freiem Menschentum«, woraus sich eine freireligiöse und kulturelle Orientierung ablesen lässt. Die beiden folgenden Entwicklungsetappen können hier übersprungen werden, da sie für den Kontext nicht wichtig sind. Bedeutsam ist die eher kurze Ausrichtung an der Konservativen Revolution in einem nur vierjährigen Zeitraum. Gemeint ist die Endphase der Weimarer Republik, also die Jahre zwischen 1929 und 1933. Seinerzeit erfolgte eine Änderung der Inhalte und Linie der »Tat«, wodurch das Blatt als »Monatsschrift zur Gestaltung neuer Wirklichkeit« zu einem einflussreichen politischen Publikationsorgan wurde. Ablesbar war dies an der Auflagenzahl mit rund 30.000 Exemplare.

Den bedeutendsten Anteil daran hatte ein neuer Leiter: Hans Zehrer. Der 1899 Geborene Redakteur arbeitete zuvor für die damals bedeutsame »Vossische Zeitung«, wo er sich als Journalist einen Namen machen konnte. So kam es dann zu seiner Herausgeberschaft bei »Die Tat«, zunächst noch in nicht-öffentlicher Form, da die »Vossische Zeitung« den engagierten Zehrer weiter beschäftigte. Nachdem die neue politische Ausrichtung seines neuen Blattes

12 Vgl. Spengler, Oswald, Politische Schriften 1919–1926 (1932), Leipzig 2009.

13 Spengler, Oswald, Preußentum und Sozialismus (1919), München 1922.

14 Vgl. Fritzsche, Klaus, Politische Romantik und Gegenrevolution. Fluchtwege in der Krise der bürgerlichen Gesellschaft: Das Beispiel des »Tat«-Kreises, Frankfurt a.M. 1976; Sontheimer, Kurt, Der Tatkreis, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 7 (1959) 3, S. 229–260.

große Resonanz auslöste, wechselte er auch öffentlich zu »Die Tat«. Ihm gelang es mit viel Geschick, so ein erfolgreiches Publikationsorgan zu etablieren. Die offene Ablehnung der damaligen Demokratie zog sich durch viele Texte von Zehrer. So schrieb er noch 1932: »Das System mag in sich vernünftig sein, gut, aber wir wollen es nicht mehr. Dagegen ist kein Argument gewachsen!« Stattdessen setzte er auf eine neue Führerfigur: »Da dieser Führer, von welcher Seite er auch immer kommen mag, nur national sein kann, so wird sein Weg der richtige sein, da es der Weg der Nation sein wird.«¹⁵ Auch wenn man bei dieser Aussage aus dem Jahr 1931 an Hitler denken muss, so war er hier nicht als »Führer« gemeint.

Denn vom aufkommenden Nationalsozialismus waren weder »Die Tat« noch Zehrer begeistert. Dagegen spricht auch nicht die ideologische Ausrichtung des Publikationsorgans, wo etwa Kapitalismuskritik und Nationalismus miteinander vermischt wurden. Es gab andere politische Optionen für »Die Tat«, erhoffte man sich doch kurzzeitig eine aus linken und rechten Elementen bestehende »Querfront«. Unter der Führung des Reichskanzlers Kurt von Schleicher sollten der »linke« NSDAP-Flügel und die Sozialdemokratie dazu gehören. Dabei handelte es sich um ein unrealistisches Gedankenexperiment, dem damals auch noch andere Rechtsintellektuelle anhängen. Sie fanden ein Forum in »Die Tat«. Indessen leitete diese Entwicklung den Niedergang des Publikationsorgans ein. Als Herausgeber wurde Zehrer bereits 1933 abgesetzt, wonach bis zu ihrem Ende 1939 aus »Die Tat« eine linientreue nationalsozialistische Zeitschrift wurde. Beachtenswert ist noch die spätere Entwicklung von Zehrer: In den 1950er und 1960er Jahren arbeitete er als einflussreicher Redakteur für den Springer-Verlag, sowohl für »Bild« wie »Die Welt«. 1966 verstarb Zehrer.¹⁶

15 Zehrer, Hans, Rechts oder Links?, in: Die Tat, 23 (1931), S. 505–559, hier S. 524 und 556.

16 Vgl. Demant, Ebbo, Hans Zehrer als politischer Publizist. Von Schleicher zu Springer, Mainz 1971. Darin finden sich auch Ausführungen zur Entwicklung anderer Publizisten von »Die Tat« nach 1945.

3. Analysen: Konservative Revolution und Sozialisten

3.1 Analysekriterium (I): Ablehnung des linken Sozialismus

Zunächst steht hier die Ablehnung des linken Sozialismus im Zentrum. Denn aus den betonten Differenzen können mitunter die Konturen von dem herausgearbeitet werden, was die Grundmerkmale eines »deutschen« oder »nationalen« Sozialismus sein sollten. Auf beide Aspekte bezogen soll indessen eine definitorisch orientierte Bemerkung vorangestellt werden: Die gemeinten Akteure der Konservativen Revolution definierten nicht, was unabhängig von ihrer Einstellung eigentlich unter Sozialismus verstanden werden sollte. Es müsste angesichts ihrer auch affirmativen Auffassung dazu eigentlich ein allgemeines Verständnis geben – je nach akzeptierten und negierten Bestandteilen aufgrund der eigenen ideologischen Prägungen unterscheidbar. Davon kann aber mit Blick auf deren einschlägigen Publikationen nicht die Rede sein. Allenfalls lassen sich Bestandteile einer solchen Definition ausmachen, wobei diese aber nicht in eine Merkmalsauflistung für ein Sozialismusverständnis integriert wurden.

Diese Aussage gilt auch für das Buch »Preußentum und Sozialismus« von Spengler, das mit der Bekundung »Wir sind Sozialisten« als einigen der letzten Worte endet.¹⁷ Zuvor ist gar die Rede von einem »echten Sozialismus«, der ihm demnach in seiner Exklusivität klar gewesen sein müsste, wozu es aber wieder keine Erläuterungen gibt. Höchstens taucht einmal die Formulierung »überpersönliche Gemeinschaft« auf. Gleichwohl wird ein diffuser Einklang von »Preußentum und Sozialismus« postuliert. Dabei gilt offenbar der Gegensatz zum politischen Liberalismus als wichtig, eben eine »illiberale und antiparlamentarische Tendenz«. Die Ablehnung des marxistisch interpretierten Sozialismus ist demgegenüber bei Spengler unverkennbar: Denn »es gilt, den deutschen Sozialismus von Marx zu befreien.«¹⁸ Der Arbeiter werde von ihm einer Klasse und nicht einem Stand zugeordnet. Letzteres stehe für einen ethischen Begriff, Klasse sei ein wirtschaftlicher Terminus. Es ist demnach die ökonomische Fixierung, die am linken Sozialismusverständnis verstörend wirke.

17 Um den Anmerkungsapparat im Folgenden nicht zu überlasten, werden lediglich an jedem Absatzende die Zitatbelege gesammelt präsentiert.

18 Spengler, *Preußentum und Sozialismus*, S. 99, 84, 31, 63, 4.

Ausführlicher setzte sich in seinem Hauptwerk dann Moeller van den Bruck mit »Sozialistisch« auseinander, war doch immerhin ein eigenes Kapitel mit diesem Terminus überschrieben. Darin richten sich die Ausführungen ebenfalls gegen das von Marx entwickelte Sozialismusverständnis. Es wird als Ausdruck einer wirklichkeitsfremden Ideologie angesehen, da dort immer nur in ökonomischen Kategorien gedacht werde. Insbesondere das materialistische Denken verstörte Moeller van den Bruck, ignoriere es doch den »Geist von Europa«. Die materialistische Geschichtsauffassung habe nur eine »stoffliche« Orientierung. Es ginge nicht um »Werte«, sondern nur um »Wirtschaft«. Darüber hinaus verstörte die internationale Dimension auch Moeller van den Bruck vehement, seien doch »Klassenprobleme« bei weitem nicht so relevant wie »Völkerprobleme«. Erörterungen zur sozialen Frage im jeweiligen Land waren daher für ihn kein Thema, dafür wurden als die dringlichsten Anliegen für die deutschen Arbeiter die »Überbevölkerungsprobleme« gesehen.¹⁹

3.2 Analysekriterium (II): Begründung für einen nationalen Sozialismus

Angesichts der Ausrichtung solcher Grundpositionen ist fraglich, inwieweit überhaupt von Sozialismus gesprochen werden kann. Dabei handelt es sich bekanntlich um eine der drei politischen Großtheorien aus dem 19. Jahrhundert, wobei die konstitutive Gemeinsamkeit bezogen auf eine größere soziale Gleichheit war. Eine solche Auffassung bestand gerade nicht bei den Denkern der Konservativen Revolution. Gleichwohl bezogen sich einige ihrer Akteure auf ein wie auch immer verstandenes nationales Sozialismusverständnis. Es war bezogen auf eine ideelle Ebene, nicht auf die soziale Gesellschaftsstruktur. Anders formuliert: Das allgemeine Gemeinschaftsgefühl war konstitutiv, und eben nicht die soziale Gleichheit. Diese grundlegende Erkenntnis ergibt sich auch aus der präsentierten Ideologie des nationalen Sozialismus, wie ein analytischer Blick auf die erwähnten Monographien der beiden Protagonisten veranschaulicht:

Einen »deutschen Sozialismus« forderte Spengler offensiv ein, bemerkte er doch bereits in der Einleitung von »Preußentum und Sozialismus«: »Wir Deutsche sind Sozialisten, auch wenn niemals davon geredet worden wäre. Die Anderen können es gar nicht sein.« Da der Autor aber noch nicht einmal die Bezeichnung »Sozialismus« allgemein definierte, kann auch hier eine fehlende Erläuterung zum Gemeinten nicht verwundern. Es heißt dazu: »Altpreu-

19 Moeller van den Bruck, Das dritte Reich, S. 36, 44, 50–51, 55, 59.

ßischer Geist und sozialistische Gesinnung [...] sind ein und dasselbe.« Demnach soll es um eine aus der Geschichte ableitbare Haltung gehen, »wonach das Blut, die durch nie ausgesprochene Ideen gezüchtete Rasse, der zur einheitlichen Haltung von Leib und Seele gewordne [sic!] Gedanke über bloße Ideale, über Sätze und Schlüsse hinwegschreitet.«²⁰ Demnach würde sich also aus dem »Blut« der gemeinte »Sozialismus« ergeben. Wie bereits erwähnt wäre ihm darüber hinaus eine antiparlamentarische und illiberale Ausrichtung eigen. Genauere Aussagen wurden zum Gemeinten aber von Spengler nicht vortragen.

Demgegenüber finden sich bei Moeller van den Bruck einige Positionierungen, allerdings nur cursorisch nach den Ausführungen gegen linken Sozialismus. Ausgangspunkt ist seine Feststellung: »Jedes Volk hat seinen eigenen Sozialismus«. Es soll also nicht eine allgemeine Auffassung davon geben, sondern nur eine an die jeweilige Nation gebundene. Daher auch die Formulierung: der »deutsche Sozialismus«. Das entsprechende Bekenntnis formulierte Moeller van den Bruck wie folgt:

»Wir verstehen unter deutschem Sozialismus [...] eine körperschaftliche Auffassung von Staat und Wirtschaft, die vielleicht revolutionär durchgesetzt werden muß, aber alsdann konservativ gebunden sein wird.«

Diese Auffassung sei nicht atomistisch, sondern organisch: »Sozialismus ist für uns: Verwurzelung, Staffellung, Gliederung«. Es soll um die Einordnung der jeweiligen Individuen gehen, nicht um deren soziale Lage. Eine solche Auffassung müsse auch »allen Liberalismus eines Westlertums« überwinden.²¹ Dies sei die Grundlage für ein neu zu schaffendes drittes Reich.

3.3 Besonderheit: Ausnahme einer beschränkten Kapitalismuskritik

Angesichts der erwähnten Auffassungen kann ein Desinteresse an einer dezidierten Kapitalismuskritik nicht verwundern, kommen doch einschlägige Entwicklungen bei den Konservativen Revolutionären als Thema kaum vor. Es gab aber eine Ausnahme gegenüber dieser Grundlinie: das zwischen 1929 und 1933 von einer beschränkten Kapitalismuskritik geprägte Publikationsorgan

20 Spengler, Preußentum und Sozialismus, S. 4.

21 Moeller van den Bruck, Das dritte Reich, S. 72, 74–75, 78.

»Die Tat«. Darin beriefen sich die relevanten Autoren dezidiert auf »Preußentum und Sozialismus« von Spengler.²² Dessen Auffassungen gegenüber wurde die dem Kapitalismus eigene Krisenanfälligkeit durchaus thematisiert. Darüber hinaus forderten einige Autoren auch staatliche Eingriffe in die Wirtschaft. Besondere Bedeutung kam dabei Ferdinand Fried (das Pseudonym von Ferdinand Friedrich Zimmermann) als Redakteur für Wirtschaftsfragen zu. Er hatte in einer eigenen Buchpublikation »Das Ende des Kapitalismus« (1931) als Prognose wie Titel veröffentlicht.²³ Gleichwohl plädierte auch Fried nicht für ein linkes Sozialismusverständnis.

Seine Aufsätze behandelten aber durchaus die Krisenanfälligkeit dieser Wirtschaftsordnung, wobei mit Datenmaterial die einschlägigen Entwicklungen und ihre sozialen Folgen thematisiert wurden. Dafür standen Beiträge wie »Das Kapital stirbt ab«, »Die Krise des Kapitalismus« oder »Zusammenbruch der Weltwirtschaft«.²⁴ Angesichts der Argumentation oder Begriffswahl könnten auch in den Medien eines linken Sozialismus derartige Texte Platz gefunden haben. Bestärkt wurde dieser Eindruck noch durch Forderungen, etwa bezogen auf eine angestrebte Planwirtschaft oder erhoffte Verstaatlichungen. Derartige Auffassungen müssen aber in einem historischen wie inhaltlichen Kontext gesehen werden. Es galt Fried etwa die frühere »Kriegswirtschaft« als nachahmenswertes Vorbild. Nur um der Krisenbewältigung willen wollte er phasenweise auf derartige Maßnahmen setzen. Sie sollten lediglich für Einschränkungen des Kapitalismus stehen, entsprechend waren sie nicht gegen die Existenz dieser Wirtschaftsordnung gerichtet.

Demgegenüber bekundete Fried zum Kapitalismus eine Mittelposition in »Die Tat«: Die von ihm mitgetragene »kommende geistige Strömung« werde »weder kapitalistisch noch antikapitalistisch sein, sondern akapitalistisch in dem Sinne: wir haben mit ihm nichts mehr zu schaffen, er ist tot, erledigt.«²⁵ Dieser Abgesang war aber nur auf ein diffuses Bild von Kapitalismus bezogen, nicht in Gänze auf ein solches ökonomisches System. Betrachtet man die sonstigen Aussagen von Fried zum Thema, so entsteht das Idealbild

22 Vgl. zum Beispiel Fried, Ferdinand, Autarkie, Jena 1932, S. 45; Hans Zehrer, Außenpolitik und nationaler Sozialismus, in: Die Tat, 25 (1933), S. 177–209, hier S. 187.

23 Fried, Ferdinand, Das Ende des Kapitalismus, Jena 1931.

24 Vgl. Fried, Ferdinand, Das Kapital stirbt ab, in: Die Tat, 21 (1930), S. 721–735; Fried, Ferdinand, Die Krise des Kapitalismus, in: Die Tat, 22 (1930), S. 89–112; Fried, Ferdinand, Zusammenbruch der Weltwirtschaft, in: Die Tat, 22 8 (1930), S. 577–610.

25 Fried, Ferdinand, Wirtschaften mit Worten. Zur Krise des kapitalistischen Geistes, in: Die Tat, 22 (1930), S. 259–285, hier S. 284.

einer von mittelständischen Kleinproduzenten geprägten prä-kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Fried schwärmte etwa in einem Gesamtkonzept für die Zukunft: »Die Gewerbefreiheit wird eingeschränkt: es ist nun keine ›Entfaltung‹ mehr nötig und möglich, sondern ein Nahrungs- und Lebensspielraum. Die Gesamtwirtschaft wird planmäßig geführt und in nationaler Betontheit zur Autarkie hinstreben.«²⁶ Darin sollte letztendlich das Modell eines »deutschen Sozialismus« in »Die Tat« als einflussreichem Theorieorgan bestehen.²⁷

3.4 Analysekriterium (III): Einbettung in eine Gemeinschaftskonzeption

Dieser Gesichtspunkt soll im Kontext der außenpolitischen Prägungen des »deutschen Sozialismus« noch näher Thema sein. Hier geht es zunächst noch um einen anderen Aspekt, wobei eine konstitutive Grundposition der erörterten geistigen Strömung veranschaulicht wird. Dazu sei noch einmal auf eine bedeutende Differenz zum linken Sozialismusverständnis verwiesen, konzentrierte sich dieses doch auf die sozialen Gegebenheiten in der ökonomischen Sphäre. Wie die vorstehenden Ausführungen zu den einzelnen Denkern veranschaulicht haben, war dieses linke Verständnis bis auf die erwähnte Ausnahme für die rechten Repräsentanten kaum wichtig. Die soziale Lage des deutschen Proletariats galt ihnen nicht als relevantes Thema. Auch wurde bezogen auf die Eigentumsverhältnisse keine Umverteilung gefordert, weder durch Reformen noch durch eine Revolution. Bilanzierend lässt sich daher gegenüber dem linken für den »deutschen Sozialismus« konstatieren: Es ging um ein kollektives Gemeinschaftsbewusstsein, nicht um soziale Gleichheit.

Dabei spielten einige der Autoren auch auf die »Ideen von 1914« an, also die angeblich breite nationale Begeisterung für den kriegерischen Einsatz, worin gar der eigentliche Sozialismus von Spengler gesehen wurde: »Der echte Sozialismus stand im letzten Ringen an der Front oder lag in den Massengräbern von halb Europa«²⁸ Derartige Auffassungen entstanden aber unabhängig vom Kriegsausbruch, er bot allenfalls den Anlass für entsprechende Positionierungen. Bereits Jahre zuvor hatte Moeller van den Bruck postuliert, »daß die soziale Frage dadurch für ein Volk beantwortet wird, daß seine nationale Frage

26 Fried, Ferdinand, Wende der Wirtschaft. Versuch einer geschichtlichen Deutung, in: Die Tat, 22 (1931), S. 848–868, hier S. 866.

27 Vgl. Fried, Ferdinand, Deutscher Sozialismus?, in: Die Tat, 24 (1933), S. 993–1012.

28 Spengler, Preußentum und Sozialismus, S. 9.

ihre Beantwortung findet.«²⁹ Nicht nur die Prioritätensetzung, sondern auch die Sphärenrelevanz ist wichtig. Man hat es hier nicht mit der konstitutiven Basis einer Gesellschaft zu tun, wie Marxisten meinten, sondern mit einem Grenzbereich des sozialen Zusammenlebens. Dessen reale soziale Grundlage erschien weniger interessant als eine emotionale Integration. Aus nationalem Bewusstsein sollte soziale Gemeinschaft entstehen.

Eine solche Prioritätensetzung bestand auch in der »Tat«, wie einschlägige Aussagen ihrer wichtigsten Autoren veranschaulichen. Für Fried galt etwa: »Aus der Gemeinschaft entsteht der Sozialismus, der nur innerhalb der Grenzen bleiben, nur national sein kann.«³⁰ Gemeinschaftsgefühl war demnach für den Sozialismus die eigentliche Wurzel. Es sollte dabei also konstitutiv um eine innere Einstellung, nicht um soziale Verteilungsfragen gehen. Diese Auffassung schloss gegenüber der gesellschaftlichen Elite nicht aus, ihr bezüglich des monetären Denkens eine andere Haltung nahezulegen. Zehrer sprach diffus von einer »Nivellierung«. Für ihn war das eigentliche Problem »in erster Linie ein moralisches«, und im »Grunde unwesentlich«³¹ wäre demgegenüber die Wirtschaft. Die »Schaffung einer möglichst breiten und geschlossenen Glaubens- und Willensgemeinschaft des deutschen Volkes«³² gilt nicht nur für das Publikationsorgan nach Zehrer als eigentliches Ziel. Genau darin besteht das Kernmerkmal des »nationalen Sozialismus«.

3.5 Analysekriterium (IV): Frontstellung gegen den politischen Liberalismus

Die Denker der Konservativen Revolution grenzten sich aber nicht nur von linken Sozialismen ab. Ihre eigentliche inhaltliche Frontstellung war gegen den politischen Liberalismus gerichtet, also die Basiswerte einer modernen Demokratie auf rechtsstaatlicher Grundlage. Betont werden muss dabei die Ablehnung der politischen, nicht notwendigerweise ökonomischer Dimensionen des Liberalismus. Die Entwicklung der Marktwirtschaft sollte gleichwohl unter dem Primat des Staates stehen: »Das souveräne Wort Freihandel gehört in eine Wikingerwirtschaft«, so Spengler. Und weiter: »Das preußische und also

29 Moeller van den Bruck, Arthur, Die Zeitgenossen, Minden 1906, S. 52.

30 Fried, Ferdinand, Deutscher Sozialismus?, in: Die Tat, 24 (1933), S. 993–1012, hier S. 1006.

31 Zehrer, Hans, Die eigentliche Aufgabe, in: Die Tat, 23 (1932), S. 777–800, hier S. 797.

32 Zehrer, Hans, Der Weg in das Chaos, in: Die Tat, 21 (1929), S. 563–577, hier S. 565.

sozialistische Wort wäre im Ganzen der Volkswirtschaft aus der herrschenden in eine dienende Rolle verwiesen.« Gegen dieses englische ökonomische wie politische Denken solle ein »preußischer Geist« gestellt werden:

»die Macht gehört dem Ganzen. Der einzelne dient ihm. [...] Es wird befohlen und gehorcht. Dies ist [...] autoritativer Sozialismus, dem Westen nach illiberal und antidemokratisch.«³³

Noch entschiedener gegen den politischen Liberalismus agierte Moeller van den Bruck, der gar eine existentielle Gefahr für alle Völker sah. Seine folgende Formel ist bis in die Gegenwart hinein bekannt: »Am Liberalismus gehen die Völker zugrunde«. Diese Aussage bezog sich aber nicht primär auf die ökonomische, sondern die politische Sphäre. Aufklärung, Individualismus und Menschenrechte wurden negiert, demgegenüber sollten Gemeinschaftsdenken, Hierarchisierung, und Unterordnung stehen. Moeller van den Bruck: »Der Kampf gegen die Aufklärung, den wir aufnehmen, wird ein Kampf gegen den Liberalismus auf der ganzen Linie sein.« Oder auch: »Liberalismus ist der Ausdruck einer Gesellschaft, die nicht mehr Gemeinschaft ist.«³⁴ Die erste Aussage richtete sich gegen die philosophische Grundlage des politischen Liberalismus, die zweite Aussage beschwor einen antiindividualistischen Kollektivismus. Beide Denkungsarten legten Eliteherrschaft wie Hierarchisierung sozialen Miteinanders nahe.

Derartige Auffassungen fanden sich auch im Kreis um »Die Tat«, wobei es aber nicht um von besonderen Fachkenntnissen geprägte Funktionseliten ging, sondern eben um Führungseliten über einer homogenen »Volksgemeinschaft«. Dabei galt als hauptsächliches Anliegen die »Schaffung einer möglichst breiten und geschlossenen Glaubens- und Willensgemeinschaft«, ³⁵ was für Zehrer's Wirken ein zentrales Ziel war. Die in dieser Auffassung eingeforderte hohe Geschlossenheit negierte dann auch potentielle wie reale Offenheit und Pluralismus der gesellschaftlichen Verfasstheit. Gleichzeitig sollte diese einer autoritären Führerschaft unterworfen werden, wie folgende von einer gewissen Berauschtigkeit geprägten Worte von Zehrer veranschaulichen:

33 Spengler, Preußentum und Sozialismus, S. 48, 15.

34 Moeller van den Bruck, Das dritte Reich, S. 127, 128–129, 197.

35 Zehrer, Hans, Der Weg in das Chaos, in: Die Tat, 21 (1929), S. 563–577, hier S. 565.

»[W]enn das erste scharfe, aber gerechte Kommandowort eines wirklich persönlichen Willens in das deutsche Volk hineinfahren würde, würde sich dieses Volk formieren [...] es würde marschieren, und es würde befreit aufatmen, weil es den Weg wieder wissen würde.«³⁶

3.6 Analysekriterium (V): Modell der angestrebten Staatsordnung

Aus den Einwänden gegen den politischen Liberalismus ergibt sich das Modell der angestrebten Staatsordnung, welche die Anhänger der Konservativen Revolution der Weimarer Republik entgegensetzen wollten. Indessen blieben auch hier die Ausführungen der gemeinten Denker diffus, und die genauen Strukturen der erhofften Systemalternative nur vage vorgetragen. Gleiches gilt für die ökonomische Ausrichtung der politischen Herrschaft, allgemein beschwor man nur für die Politik das Primat. Demnach sollte dort die Dominanz für Entscheidungen liegen, womit einschlägige Schranken für die Wirtschaft verbunden wären. Darüber hinaus gab es aber keine genauer entwickelten Auffassungen zur Gestaltung eines »nationalen Sozialismus«. Lediglich die Ausführungen von Jünger und Spengler vermitteln einige Überlegungen. Sie spielen indessen in der Darstellung entweder auf zukünftige Entwicklungen oder historische Erfahrungen an, woraus sich dann nur Konturen sowohl einer alternativen Staats- wie Wirtschaftsordnung ergaben.

Den historischen Bezugspunkt bildete Preußen für Spengler, hatte er doch sein erwähntes Buch zum Sozialismusbild mit einem entsprechenden Titel versehen. Darin hieß es wieder dezidiert gegen einen behaupteten »englischen Stil« gerichtet: »Der preußische Gedanke der Verwaltung des Wirtschaftslebens aus einem überpersönlichen Gesichtspunkt hatte den deutschen Kapitalismus seit der Schutzzollgesetzgebung von 1879 unwillkürlich in sozialistische Formen im Sinne einer Staatsordnung übergeführt.«³⁷ Genau dementsprechend sollte der Freihandel seine Grenzen haben. Demokratie wurde hierbei mit Geldherrschaft gleichgesetzt, wie Spengler in seinem »Untergang des Abendlandes« unterstellte. Aus dieser Deutung leitete er auch die Notwendigkeit eines Systemwandels ab, welcher in der Etablierung einer autoritären Herrschaft im Staat münden sollte. Nicht als Beschreibung,

36 Zehrer, Hans, Rechts oder links?, in: Die Tat, 23 (1931), S. 505–559, hier S. 556.

37 Spengler, Preußentum und Sozialismus, S. 49.

sondern als Hoffnung hieß es: »Die Heraufkunft des Cäsarismus bricht die Diktatur des Geldes und ihre politische Waffe, der Demokratie.«³⁸

Im als Essay firmierenden »Der Arbeiter« blickte auch Jünger in die Zukunft. Dieses Buch von 1932 beschrieb eine entstehende Gesellschaftsordnung, worin die dem Bürger noch eigene individuelle Freiheit aufgehoben ist. Abgelöst wird er darin von dem Arbeiter als dominante Figur, die in einer Einheitsgesellschaft auf technischer Grundlage lebt. Ihm ist keine Individualität mehr eigen, geht er doch im Kollektiv auf. »Der Arbeiter« beschrieb demnach eine totalitäre Gesellschaftsordnung, wobei die Absicht rezeptionsbedingt unterschiedlich gedeutet wurde. Die Auffassungen reichten von einer Bejahung einschlägiger Entwicklungen bis zu einer ihnen gegenüber vorgetragenen Warnung. Gegen Ende schrieb Jünger indessen: »Hier Anteil und Dienst zu nehmen: das ist die Aufgabe, die von uns erwartet wird.«³⁹ Da in den Ausführungen faschistische wie sozialistische Elemente entdeckt wurden, kam es zu Irritationen hinsichtlich der ideologischen Zuordnung. Sie entstehen aber nicht bei einer Einordnung des Inhalts in Richtung eines »nationalen Sozialismus«.

3.7 Exkurs: Antisemitismus als latente Einstellung

Bei den Ausführungen zu den Einwänden gegen linken Sozialismus wurde ein Thema zunächst ausgeblendet, das hier in einem Exkurs doch noch ausführlicher reflektiert werden soll. Die erwähnten Auffassungen gingen häufig mit einer latenten oder manifesten Judenfeindschaft einher, zumindest artikulierte sich Antisemitismus in entsprechenden Hervorhebungen bei den gemeinten Verwerfungen. Manche Aussagen über Marx als Person können auch in diesem Zusammenhang gesehen werden. Denn dabei wurde auf seinen jüdischen Familienhintergrund abgestellt, wobei er selbst kein praktizierender Jude war. Gleichwohl dienten einschlägige Aussagen zu seiner Herabwürdigung, wurden doch der materialistische Ansatz von ihm wie das behauptete nicht-deutsche Sozialismusverständnis auf nicht mehr bestehende Zugehörigkeiten zurückgeführt. Damit griffen derartige Ausführungen traditionelle antisemitische Stereotype auf, welche Juden mit einschlägigen negativen Merkmalen in Verbindung brachten.

In »Preußentum und Sozialismus« schrieb Spengler: »Aber hier unterstützte ihn«, gemeint ist Marx, dem gar ein ganzes Kapitel gewidmet war,

38 Spengler, Der Untergang des Abendlandes, S. 1193.

39 Jünger, Ernst, Der Arbeiter. Herrschaft und Gestalt (1932), Stuttgart 2014, S. 309.

»sein jüdischer Instinkt, den er selbst in einer Schrift über die Judenfrage gekennzeichnet hat. Der Fluch der körperlichen Arbeit am Anfang der Genesis, das Verbot, den Sonntag durch Arbeit zu schänden, das machte ihm das alttestamentliche Pathos des englischen Empfindens zugänglich.«⁴⁰

Antisemitismus und Englandhass kommen gar in Kombination miteinander vor. Ähnliche Aussagen finden sich auch in »Das dritte Reich« von Moeller van den Bruck: »Er«, Marx, »war als Jude ein Fremder in Europa und mischte sich gleichwohl in die Angelegenheiten der europäischen Völker.« Die nationalistisch artikulierte Ausgrenzung ist unverkennbar, die religiöse Herkunft gilt als hauptsächlich prägend, was dann auf die gesamte Lehre übertragen wird: »Marx ist nur aus dem Judentum zu verstehen.«⁴¹ Demnach gilt in dieser Denkweise ein internationalistischer Sozialismus als jüdisch geprägt.

Antisemitische Einstellungen fanden sich auch in der »Tat«, zwar nicht als besondere Auffassung mit entsprechenden Forderungen, aber sehr wohl als erkennbare Haltungen und negative Vorurteile. So war etwa bei Fried von einer »jüdisch stark durchsetzten Börsen- und Finanzwelt« die Rede, oder er sprach über die Juden als eine »empfängliche Rasse« für wirtschaftliches Wachstum.⁴² Demnach bestanden hier wie bei den vorgenannten Autoren rassistische wie sozioökonomische Formen der Judenfeindschaft. Antisemitismus sollte aber bei Fried später noch eine größere Rolle spielen, machte er doch nach 1933 unter der nationalsozialistischen Herrschaft beruflich Karriere. Fried trat NSDAP wie SS bei und arbeitete für einen Staatssekretär als Stabsleiter wie später als Obersturmbannführer im »Rasse- und Siedlungshauptamt« der SS. Seine antisemitische Auffassung prägte auch eine eigene Buchveröffentlichung: »Der Aufstieg der Juden« von 1938.⁴³ Nach 1945 schrieb Fried für das »Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt« und »Die Welt«.

3.8 Analysekriterium (VI): Außenpolitische Aspekte des nationalen Sozialismus

Anschließend soll es noch um die außenpolitischen Aspekte des nationalen Sozialismus gehen, wobei unterschiedliche Gesichtspunkte von den gemeinten

40 Spengler, Preußentum und Sozialismus, S. 74.

41 Moeller van den Bruck, Das dritte Reich, S. 34.

42 Fried, Ferdinand, Panik, in: Die Tat, 22 (1930), S. 511–520, hier S. 513; Fried, Ende des Kapitalismus, S. 144.

43 Fried, Ferdinand, Der Aufstieg der Juden, Goslar 1937.

Intellektuellen angesprochen wurden. Zunächst sei dazu auf die »Autarkie« als erhofftes Wirtschaftsmodell verwiesen, galt dieses doch als Lösung für viele Probleme. Es muss bedacht werden, dass nur wenige der gemeinten Autoren so weit dachten. Insbesondere im Autorenkreis der »Tat« fanden sich entsprechende Vertreter. Sie plädierten aber nicht für eine totale Abschottung gegenüber ausländischen Märkten, hätte dies doch zu einem ökonomischen Rückfall für die gesamte eigene Volkswirtschaft geführt. Daher wollte man einem autarken Deutschland auch ausländische Handelspartner zugestehen, insbesondere in Mittel- und Südosteuropa. Es ging für Fried in einer eigenen Monographie dazu um den »Vorrang der Binnenwirtschaft«,⁴⁴ dann insbesondere zur Erlangung von mehr ökonomischer und politischer Souveränität nach dem verlorenen Weltkrieg.

Ein anderer außenpolitischer Aspekt war bei den erwähnten Intellektuellen darauf bezogen, dass sie nicht von einem »Klassenkampf«, sondern von einem »Völkerkampf« ausgingen. Zu dieser Deutung wurde schon früh die Grundlage von Moeller van den Bruck gelegt, wobei er in einem wertenden Sinne »alte« und »junge Völker« unterschied.⁴⁵ Dass diese Differenzierung je nach politischer Lage anders vorgenommen wurde, soll hier bezogen auf Moeller van den Brucks mangelnde argumentative Seriosität nicht näher thematisiert werden. Bedeutsam für die zu erörternde Fragestellung sind andere Gesichtspunkte: Deutschland wurde den »jungen Völkern« zugerechnet, und es sollte eine unterdrückte »proletarische Nation« sein. Nicht der Arbeiter im Nationalstaat war wichtig, sondern die Nation unter den Völkern. Daraus folgte für Moeller van den Bruck: »So bleibt das Bevölkerungsproblem das Problem aller Probleme in Deutschland: ein sozialistisches Problem«⁴⁶ Auf die Außen-, nicht auf die Innenpolitik war hier der »nationale Sozialismus« bezogen.

Und schließlich soll hinsichtlich der Außenpolitik noch die Einstellung zur Sowjetunion thematisiert werden. Entgegen einer ersten Erwartung, die aus Antikommunismus eine vehemente Negierung vermuten ließe, bestand eher eine skeptische Faszination. Dafür gab es unterschiedliche Gründe: Allgemein gehörte dazu eine gemeinsame Frontstellung gegen die westlichen Staaten, die als gelegentlich eigenmächtige Ordnungsfaktoren auch gegen die Sowjetunion wirkten. Während dortige marxistische Ansätze von den Denkern der

44 Fried, Autarkie, S. 131.

45 Vgl. Moeller van den Bruck, Arthur, Das Recht der jungen Völker, München 1919.

46 Moeller van den Bruck, Das dritte Reich, S. 64.

Konservativen Revolution abgelehnt wurden, fand eine wachsende Souveränität und Unabhängigkeit entsprechende Zustimmung. Gleichwohl dominierte die Distanz aus ideologischen Gründen. Eine Ausnahme bildete erneut der Autorenkreis der »Tat«, wo sich anerkennende Beiträge von Ernst Wilhelm Eschmann als Redakteur fanden. Die »nationale Entscheidung«⁴⁷ zugunsten einer autarken Planwirtschaft in der Sowjetunion fand etwa seine Zustimmung.

3.9 Besonderheit: Bündnisoptionen für eine potentielle »Querfront«

Neben den ideengeschichtlichen Aspekten, die bei der Konservativen Revolution und deren »nationalem Sozialismus« wichtig sind, kommt entsprechenden Bekundungen auch noch vor strategischen Hintergründen eine Relevanz zu. Gemeint ist die Bündnisoption als potentielle »Querfront«. Da die Bezeichnung etwas irritieren mag, bedarf es dazu einer kurzen Erläuterung. Aufgekommen waren damit einhergehende Gedanken wie erwähnt Ende der Weimarer Republik, wo linke und rechte Kräfte für die Reichskanzlerschaft Kurt von Schleichers als potentielle Unterstützer gefragt waren. Bekanntlich scheiterten diese Bemühungen, übrig blieb der Terminus. Demnach steht ein gemeinsames Bündnis von Linken und Rechten für eine »Querfront«, ein bis in die Gegenwart hinein immer wieder beschworenes Projekt, das aber in der politischen Realität – nicht nur der Weimarer Republik – noch nie funktionierte.⁴⁸ Indessen gab es derartige Auffassungen auch in der Konservativen Revolution.

Bereits in Spenglers »Preußentum und Sozialismus« fanden sich derartige Überlegungen, die gegen politischen Liberalismus wie linken Sozialismus gerichtet waren. So heißt es etwa hinsichtlich einer gemeinsamen politischen Grundlage:

47 Eschmann, Ernst Wilhelm, Rußland – Nation und Wirtschaft, in: Die Tat, 23 (1931), S. 696–717, hier S. 698.

48 Vgl. Pesch, Jan Hindrich, Das Scheitern der Querfront und seine Ursachen. Eine Studie zu Fällen aus dem Links- und Rechtsextremismus der Weimarer Republik und der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2024; Pfahl-Traugber, Armin, Gibt es eine aus Links- und Rechtsextremisten bestehende »Querfront«? Definitionen, Erscheinungsformen, Geschichte und Relevanz (31. Juli 2023), in: bpb.de, Gibt es eine aus Links- und Rechtsextremisten bestehende »Querfront«? | Linksextremismus | bpb.de, zuletzt abgerufen am 22. April 2024.

»Es ist bezeichnend und verrät die Stärke des nationalen Instinkts, daß die beiden Parteien, welche man als spezifisch preußische bezeichnen darf, die konservative und die sozialistische, eine illiberale und antiparlamentarische Tendenz nie verloren haben.«

Dadurch könne sie zur Basis einer Kooperation werden. Zu einem einschlägigen Bündnis rief er auch direkt auf:

»Die beiden sozialistischen Parteien Deutschlands müssen sich zusammenfinden gegen den Feind der gemeinsamen Idee, gegen das innere England, den kapitalistisch-parlamentarischen Liberalismus. Eine sozialistische Monarchie [...] eine Einheit, in der jeder nach seinem sozialistischen Range [...] den ihm zukommenden Platz erhält.«⁴⁹

Auf eine solche Monarchie hätten sich indessen linke Sozialisten schwerlich eingelassen.

Die ideologischen Differenzen und der fehlende Nutzen verhinderten immer wieder eine »Querfront«. Gleichwohl riefen Akteure der Konservativen Revolution nicht nur anfänglich in der Weimarer Zeit zu einer solchen Zusammenarbeit auf. Für ein späteres Ansinnen zugunsten einer entsprechenden Bündnisoption stand in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre etwa Jünger, der den Dissens von Kommunisten und Nationalsozialisten gern überwunden gesehen hätte. Er verwies bei seinen Ausführungen darauf, »daß alle revolutionären Kräfte innerhalb eines Staates trotz der größten Gegensätze unsichtbare Verbündete sind.« Ihm ging es um die Ablehnung des bürgerlich-parlamentarischen Systems, die eben durch eine Kooperation der genannten Protagonisten direkter umsetzbar sei. An die eine Adresse gerichtet bemerkte Jünger:

»Die einzige Fragestellung, die heute am Kommunismus wirklich von Interesse ist, ist die, ob es auch in Deutschland gelingen wird, den Begriff des Proletariats aus einem rein wirtschaftlichen in einen heroischen zu verwandeln.«⁵⁰

49 Spengler, *Preußentum und Sozialismus*, S. 66, 69–70.

50 Jünger, Ernst, *Jugend und neuer Nationalismus*, in: *Der Student*, 10 (1929) 17, S. 3–4, hier S. 4.

3.10 Besonderheit: Instrumentalisierung des Sozialismusverständnisses

Ein weiterer strategischer Aspekt, der thematisiert wird, bezieht sich auf die möglicherweise verbundene Instrumentalisierung. Gemeint ist damit eine diskursive Begriffsaneignung, die Nutzung eines eigentlich politisch linken Terminus. Ihm wird in dieser Deutung eine rechte Ideologie vorangestellt, um daraus einen politischen Nutzen eben in diesem Sinne zu ziehen. Ein derartiges Ansinnen war bekanntlich der NSDAP eigen, wollte sie doch Arbeiter mit ihrer Selbstbezeichnung gewinnen. Sowohl die mit »Arbeiterpartei« einhergehende ausdrückliche Benennung wie die postulierte Eigenschaft »sozialistisch« sprechen für eine solche Zielsetzung. Arbeiter sollten erkennbar aus dem linken politischen Lager in das rechte politische Spektrum herübergezogen werden, was eine einschlägige ideologische und propagandistische Ausrichtung um der Gewinnung von Mitgliedern und Wählern strategisch notwendig machte.

Angesichts dieser Erkenntnis stellt sich die Frage, ob es auch ein solches Ansinnen bei den erwähnten Intellektuellen gab? Wollten sie so Arbeiter für ihre politischen Interessen gewinnen? Eine derartige Auffassung liegt nahe, soll aber nach einer kritischen Prüfung verworfen werden. Dafür sind die auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelten folgenden Gründe relevant: Zunächst einmal wurde nur von bestimmten Akteuren der Konservativen Revolution ein »nationaler Sozialismus« vertreten. Hierzu gehörten die erwähnten Intellektuellen und das genannte Publikationsorgan. Darüber hinaus gab es noch andere weniger bedeutsame Akteure, die ähnliche Einstellungen öffentlich bekundeten, welche aber keine sonderliche Relevanz beanspruchen können. Demnach handelte es sich auch unter den Denkern der Konservativen Revolution lediglich um eine Teilposition, die als bedeutsame oder gar konstitutive Auffassung nicht der ganzen Richtung zugeordnet werden kann. Eine größere Bedeutung lässt sich dafür bei den Nationalrevolutionären konstatieren.

Bei den Jungkonservativen, die hier mit Konservative Revolution als Synonym gemeint sind, verhielt es sich bei der Positionierung anders. Für einen Edgar Julius Jung oder einen Carl Schmitt war ein solcher »nationaler Sozialismus« darüber hinaus kein Thema. Gegen die Auffassung, so die Massen des Proletariats zu gewinnen, spricht aber noch mehr: Den Intellektuellen der Konservativen Revolution waren die Massen nicht wichtig. Sie traten nicht nur für eine Elitenherrschaft ein, sie wollten auch primär auf eine solche soziale Gruppe wirken. Darin ist auch eine Differenz der Konservativen Revolution zum Nationalsozialismus zu sehen. Die Absichten der Denker Jünger, Moeller

van den Bruck und Spengler bestanden darin, auf der theoretischen Ebene nach Legitimationsfaktoren für ein einheitliches ethnisch und politisches Volksgemeinschaftsverständnis zu suchen. Für einen wichtigen Akteur wie Spengler beschränkte sich dieses spezifische Wirken auch nur auf eine kurze Zeit.

Fazit

Bilanzierend lassen sich aus der Analyse folgende Einsichten zusammenfassen: Bei den Intellektuellen der Konservativen Revolution trat lediglich eine Minderheit für einen »nationalen Sozialismus« ein, von den bekannteren Akteuren waren dies nur Ernst Jünger, Arthur Moeller van den Bruck und Oswald Spengler und als Publikations- wie Theorieorgan »Die Tat«. Insofern können einschlägige Bekundungen den Jungkonservativen, die hier allein mit Konservativer Revolution gemeint sind, nicht als pauschal vorhandene ideologische Orientierungen zugeschrieben werden. Entsprechende Auffassungen kamen bei den Gemeinten unabhängig vom historischen Nationalsozialismus auf, was sich allein aus der historischen Chronologie ergibt, lässt sich ein erstes Plädoyer hierfür doch bereits kurz nach Weltkriegsende nachweisen. Dabei hatte eine gemeinsame Ablehnung von Liberalismus und Parlamentarismus große Relevanz, womit sich die Frontstellung gegen Normen und Regeln der gerade entstandenen Weimarer Republik verbanden.

Blickt man auf die Auffassungen der untersuchten Intellektuellen, fallen viele inhaltliche Defizite bei ihrem propagierten Sozialismusverständnis auf. Dies ist bereits hinsichtlich einer allgemeinen Definition der Fall, müsste doch eine solche mit anschließender Differenzierung einer nationalen Variante erfolgen. Derartige Ausführungen findet man indessen nicht in den als programmatisch geltenden Texten. Deutlich offenbart sich allenfalls die Abgrenzung von einem linken Sozialismusverständnis, woran eine internationale Dimension und Ökonomiezentriertheit verstörten. Beides sollte nach den genannten Denkern der Konservativen Revolution überwunden werden, was damit die inhaltlichen Kernelemente von deren »nationalen Sozialismus« veranschaulichen. Es ging ihnen nicht um die reale soziale Frage in der Gesellschaft, insofern interessierte sie das Leben des Proletariats nicht näher. Man abstrahierte von deren besonderer Lage wie von der anderer sozialer Schichten. Nicht die ökonomische Entwicklung oder die soziale Verteilung waren wichtig.

Gerade derartige materiell-ökonomische Aspekte sollten im jeweiligen Bewusstsein zugunsten einer ethnisch-kulturellen Gemeinschaftsideologie überwunden werden. Dabei griffen die gemeinten Denker der Konservativen Revolution im linken Sozialismus vorhandene kollektivistische Vorstellungen auf, plädierten aber für eine andere inhaltliche Ausrichtung der dafür relevanten ideologischen Grundlagen des politischen Selbstverständnisses. So sollte ein nationales Bewusstsein, nicht aber eine soziale Klassenzugehörigkeit im »nationalen Sozialismus« wichtig sein. Die damit einhergehende Einbettung in eine Gemeinschaftskonzeption steht dann auch für die eigene Orientierung, welche gegen den politischen Liberalismus gerichtet war und eine autoritäre Staatsordnung wünschte. Diese sollte von der Elitenherrschaft einer Gruppe oder Person geprägt sein. Insofern diente den Denkern der Konservativen Revolution ihr »nationaler Sozialismus« auch dazu, ideologische Bedingungsfaktoren für ein diktatorisches System zu präsentieren.

